

Freie Wählervereinigung Schwäbisch Hall e.V. im Gemeinderat Schwäbisch Hall und CDU-Fraktion im Gemeinderat Schwäbisch Hall

Gemeinsamer Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Gründung eines städtischen Tochterunternehmens zu prüfen mit dem Ziel, die rechtlichen Regularien der Ausschreibung der KiTa- und Schulverpflegung deutlich reduzieren. Folgende Aspekte stehen hier im Vordergrund:

1. Rechtliche Prüfung einer damit dann nicht mehr notwendigen (europaweiten) Ausschreibung der Verpflegung unserer Kinder als oberstes Ziel.
2. Die Herstellung gesunder und abwechslungsreicher Mahlzeiten mit möglichst regionalen Produkten.
3. Bildung der Kinder zu gesundem Essen, Herstellung gesunder Mahlzeiten und Wertschätzung der regionalen Lebensmittelproduktion.
4. Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Aufbaus einer eigenen Schulküche für das Stadtgebiet (ähnlich der Schulküche Crailsheim GmbH) bis hin zu den Kosten der Mahlzeiten dann für die Eltern und Kinder. Hierzu sollen aber mögliche Kooperationen mit lokalen Anbietern und weiteren Interessenten unbedingt geprüft werden (Bio-Modellregion Hohenlohe, SH-FacilityManagement, Diakoneo, Panorama Catering, AWO, etc.). Immer vor dem Hintergrund, dass wir die Hand auf die Inhalte der Ausschreibungen haben wollen!

(Die Schritte sind auch in dieser Reihenfolge zu priorisieren.)

Voran möchten wir stellen, dass es aktuell wenig Grund zur Änderung des bisherigen Systems gibt. Sowohl die Kinder, die Eltern als auch die Schulen selbst sind aktuell, nach einigen Rückschlägen, im Großen und Ganzen mit dem aktuellen Angebot und auch dem Ablauf vor Ort (Essensausgabe) zufrieden, so unsere Informationen.

Die regelmäßigen Diskussionen um die Schul- und KiTa-Verpflegung zeigen jedes Mal die Unzufriedenheit sowohl der Kinder, Eltern und Schulen als auch des Gemeinderats, vielleicht auch der Verwaltung, welche Einschränkungen die Ausschreibungspflicht der Verpflegung uns auferlegt (regionale Ausschreibung nicht möglich als Beispiel).

Bisher wurde uns als Rat immer schnell gesagt, dass sich eine eigene Versorgungseinrichtung nicht lohnen werde. Geprüft wurde das bisher aber nie konkret! Vielleicht wäre die Gründung eines städtischen Tochterunternehmens (also mit mindestens 50,1% Anteil der Stadt) schon eine einfache Lösung, damit wir bei der Ausschreibung der Essensverpflegung und -ausgabe mehr Selbstbestimmung haben.

Wir streben hier lokale Kooperationen an, immer vor dem Hintergrund, dass die Konstellation so sein sollte, dass wir als Stadt selbst bestimmen können, was wir haben wollen. Eine regionale Lebensmittelherkunft sollte hier Vorrang vor einer Prozentzahl an Bioanteil oder an wie vielen Tagen es Fleisch geben darf. Dies sollten die Eltern und Kinder selbst entscheiden dürfen.

Die Kinder sollen also selbst die Wahl haben, ob sie vegetarisch essen oder mit Fleisch. Sind die vegetarischen Produkte gut, so werden sie auch gerne gegessen.

Essen ist auch an der Schule mehr als Nahrungsaufnahme. Essen muss zuallererst schmecken, nicht klimaneutral sein. Es ist wertvolle Zeit, die die Kinder gemeinsam an langen Schultagen verbringen.

Essen ist Kultur, Kommunikation und Integration. Hier haben viele Kinder ihre oft erste Mahlzeit am Tag und das ist auch wichtig, dass wir dort gutes Essen anbieten. Wir sollten nicht durch ein elitäres Wunschangebot von uns Kommunalpolitikern dafür sorgen, dass die, die es sich leisten können, eben dann nicht mehr an der Schule essen, weil sie nicht vorgeschrieben bekommen wollen, ob sie Fleisch essen dürfen oder nicht, sondern irgendwo in der Nähe der Schule! Dort ist es zwar teurer, aber sie bekommen halt das, worauf sie „Bock haben“. So selektieren wir die Kinder wieder auseinander. Das Gegenteil sollte aber der Fall sein: die Kinder sollen auch zusammen essen und reden in der wenigen Zeit, in der heute kein Unterricht ist. Dort findet für viele Kinder auch das Lernen der deutschen (Umgangs-)Sprache statt, also echte Integration.

Die Kinder werden ab einem gewissen Alter sowieso selbst entscheiden, was sie essen wollen. Sie sprechen sich über die Sozialen Medien schon am Tag vorher ab, wo sie sich mittags treffen. Das haben wir früher selbst auch so gemacht (nur ohne WhatsApp), als es noch keine Verpflegung außer dem Bäcker an der Schule gab. Wenn dann immer weniger Kinder das Angebot nachfragen, was ist dann mit den Kosten?

Viel wichtiger wäre, dass Kinder den gesunden Umgang mit Essen bis hin zum Kochen wieder lernen. Das passiert aber nur noch sehr rudimentär in den Schulen. Dinge so zu verändern, wie wir sie alle gerne hätten, macht aus unserer Sicht nur Sinn, wenn wir als Stadt bzw. die Tochtergesellschaft zentral für alle Einrichtungen (und idealerweise noch für weitere Anbieter) kochen würde. Würden wir selbst kochen, könnten wir mehr Bioanteil machen, ohne dass es wesentlich mehr kostet, gerade wenn es aus der Region kommen darf. Wir könnten ein gutes vegetarisches und ein gutes Gericht mit Fleisch oder Fisch machen und alle können auswählen. Und wir könnten die Kinder mit integrieren, damit sie wenigstens einmal im Schuljahr in einer Küche mit dabei sind und den Umgang mit Lebensmitteln lernen und wertschätzen. Wir sehen zwar heute noch nicht, dass eine „eigene“ Küche am Ende stehen wird und wirtschaftlich zu betreiben ist. Trotzdem bitten wir darum, im Prüfungsprozess mit allen Beteiligten (hier würde auch eine Einbindung der Landfrauenvereine und des Landwirtschaftsamts Sinn machen!) auch diese Alternative ergebnisoffen zu diskutieren. Wenn uns die EU-Bürokratie zu sehr einengt, so muss man eben kreative Lösungen finden. Vielleicht ergeben sich in diesem Diskussionsprozess noch weitere Alternativen.

Wir bitten um unvoreingenommene Prüfung des Vorschlags und ausdrücklich um eine regionale Integration der wesentlichen möglichen Kooperationspartner (inkl. der Essensausgabe!) vor dem Hintergrund, mit einer ausreichend hohen Stückzahl auch über die Schul- und KiTa-Verpflegung hinaus die Kosten für alle im vertretbaren Rahmen zu halten.

Die Gründung eines städtischen Tochterunternehmens erscheint uns hierfür ein erster gangbarer Schritt, der auch kurzfristig umsetzbar wäre für die Kriterien einer Ausschreibung. Deshalb werden wir unter diesen Gesichtspunkten auch keiner kurzfristigen Ausschreibung der Essensverpflegung für weitere 2 Jahre zustimmen.

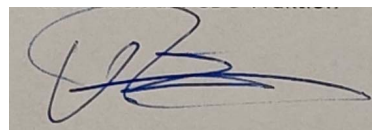
Vielen Dank dafür heute schon!

Im Namen der FWV-Fraktion



Michael Reber

Im Namen der CDU-Fraktion



Ulrich Reichert